

WUZ

**WALDDÖRFER
UMWELTZEITUNG**

NATUR • KULTUR •
GESUNDHEIT UND SOZIALES
FÜR HAMBURGS NORDOSTEN



In der Berner Gartenstadtsiedlung hat das Denkmalschutzamt ein Haus mit einem Zuschuss von 7.600 Euro vor dem Abriss gerettet
Seite 5



Der NABU ruft dazu auf, gesichtete Kiebitze zu melden, denn das typische „Ki-witt“, der Balzruf des Kiebitzes, ist immer seltener zu hören
Seite 9

Nr. 101 • März 2016
www.wuzonline.de

Fahrradfahrer halten sich nicht an Verbote Zerstörungswut im Wittmoor

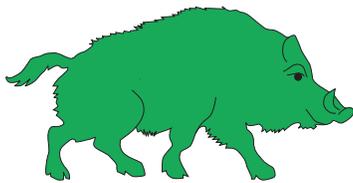
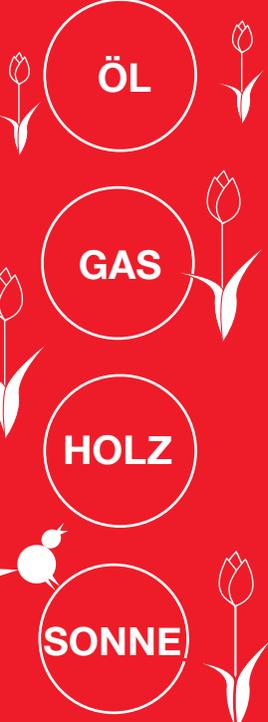


Foto: Ilka Duge



**Spangenberg + Schneider
HEIZUNGSTECHNIK**



Zur Haidkoppel 1
22395 Hamburg
Tel. 040 - 6083036

www.spangenberg-schneider.de

Statt selbsttätig zu schließen wie ähnliche Tore z.B. an Deichen (damit Schafe nicht weglaufen können), wurde diese Pforte im Wittmoor mutwillig mit Schrauben fixiert. Inzwischen hat das Naturschutzamt das Tor repariert

Im Herbst 2014 wurde der Moordammwanderweg im Wittmoor aufwändig saniert. Seitdem ist dieser Abschnitt mitten durch den schönsten Teil des Wittmoores für Fahrradfahrer und Reiter gesperrt und nur noch für Fußgänger erlebbar. Durchfahrtsperren und Verbotsschilder sollten Reiter und Radler darauf hinweisen. Während sich die Reiter an das Verbot halten, akzeptieren einige Fahrradfahrer offenbar nicht, dass sie auf dem Weg schieben müssen. Schon mehrfach wurden Schilder abmontiert und Sperren entfernt. Das erst vor kurzem durch das Naturschutzamt der Umweltbehörde aufgestellte selbstschließende Tor soll es Fahrradfahrern erschweren, einfach so durch-

zufahren. Zusätzlich wurde ein Verbotsschild für Fahrradfahrer angebracht. Doch bereits

nach kurzer Zeit war das Tor so beschädigt, dass es ständig offen stand.

Fortsetzung auf Seite 4

**Werden Sie Ihr
eigener Versorger.**



**BACKHAUS
SOLARTECHNIK**

SONNE HOLZ GAS REGEN LUFT

BERGSTEDTER MARKT 1 · 22395 HAMBURG · FON 040 604412-91 · FAX -92
WWW.BACKHAUSSOLARTECHNIK.DE

Baupolitik anders denken

Das Neue hat Konjunktur, auch und gerade in der Baubranche: hier ein neuer Bürokomplex, dort eine weiteres Shoppingcenter oder eine schicke Wohnanlage für Gutverdienende – ganz zu schweigen von all den Prestigeobjekten, deren Kosten regelmäßig aus dem Ruder laufen. Doch sind Neubauten wirklich alternativlos oder aus energetischer Sicht sogar geboten? „Nein!“, meint Daniel Fuhrhop: „Neu bauen versiegelt wertvolle Flächen, der Rohstoffverbrauch wiegt schwer. Außerdem ist es teuer, unwirtschaftlich und fördert die soziale Spaltung unserer Städte – Umbauen und Sanieren sind echte Alternativen!“

In Hamburg wird zurzeit das Bauen gefordert und gefördert, weil es als sozial gilt. Selbst in schrumpfenden Städten wird neu gebaut. Am einfachsten ist es, wenn vorher am gleichen Ort nichts stand, denn ein Acker

leistet keinen Widerstand. Neue Häuser werden meist am Stadtrand gebaut, wo die Wege länger sind und weniger Busse fahren. Solche Häuser sind nicht nachhaltig, sondern nachhaltig schädlich, weil die Mischung von Arbeiten, Wohnen und Einkaufen nicht gegeben ist. Auch Ökohäuser schaden dem Klima, weil für ihren Bau Energie benötigt wird, weil es keine Kriterien für ihren Standort gibt und dafür, welche Baumaterialien verbraucht werden.

Unter vielen Bürgern formiert sich der Widerstand und Menschen engagieren sich gegen den Abriss eines Teils ihrer Stadtgeschichte oder für den Erhalt innerstädtischer Frei- und Grünflächen. Daniel Fuhrhop begleitet ihren Kampf gegen die Bauwut nicht nur mit seiner Kampagne „Verbietet das Bauen“, sondern bietet in seinem gleichnamigen Buch auch eine Fülle von Ide-

en, Neubauten überflüssig zu machen, Altbauten zu erhalten, Leerstand zu beseitigen und unsere Städte neu zu beleben – vor allem mit bezahlbarem Wohnraum.

„Ihr Buch berücksichtigt die Flüchtlinge noch nicht. Müssen Sie Ihre Aussagen heute relativieren?“ fragte die taz kürzlich den Autor, der darauf antwortete: „Ganz und gar nicht, gerade in der jetzigen Situation sind Ideen gefragt, den Bestand besser auszunutzen.“

Mit 50 „Werkzeugen“ zeigt „Verbietet das Bauen“, wie wir unsere vorhandenen Häuser anders und besser nutzen können; die Liste umfasst ökonomische und soziale Argumente, Tipps für Fachleute von Architektur und Immobilien bis Stadtplanung genauso wie für jeden von uns, ob beruflich oder privat. „Die Zukunft unserer Städte ist eines der wichtigsten Realla-



bore für eine nachhaltige Entwicklung. Es lohnt, sich auf die Reise einzulassen, unsere Städte und Baupolitik radikal anders zu denken“, schreibt Prof. Dr. Uwe Schneidewind (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie) in seinem Vorwort. Mehr Infos: www.daniel-fuhrhop.de (du)

Daniel Fuhrhop:
Verbietet das Bauen!
Eine Streitschrift
192 Seiten
oekom verlag München
2015, 17,95 Euro

IMPRESSUM

Walddörfer Umweltzeitung®

Redaktion und Anzeigen
Ilka Duge (du), V.i.S.d.P.
i.duge@wuzonline.de
Tel.: (0 40) 644 24 353
Fax.: (0 40) 604 50 692

Layout und Grafik
Monika Thiel (mt)

Verlag
m. MEDIENPRODUKTION GmbH
Ahornweg 19 · 22395 Hamburg

Druck
A. Beig Druckerei und Verlag
GmbH & Co. KG Pinneberg

Die Zeitung wird auf Recyclingpapier gedruckt. Alle namentlich gezeichneten Beiträge sind in der Verantwortung der Autoren. Der Inhalt ist urheberrechtlich geschützt. Deshalb bedarf die Vervielfältigung von Informationen oder Daten, insbesondere die Verwendung von Texten, Anzeigen und Bild-, Grafikmaterial unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung.

www.wuzonline.de

• Termine • Termine • Termine • Termine • Termine •

Streuobstwiese

Der BUND betreut in Volksdorf und Meiendorf zwei Streuobstwiesen. Vor Beginn der Vegetationszeit müssen jetzt die anfallenden Arbeiten zur Obstbaumpflege und zum Schnitt erledigt werden. Am **5. März** trifft sich die BUND Gruppe Wandsbek von 11 bis 15 Uhr auf der Obstwiese Langfeld in Meiendorf und am **19. März** von 11 bis 14 Uhr auf der Obstwiese in Volksdorf. Helfende Hände sind willkommen. Neu Interessierte werden in die »Geheimnisse« des Streuobstbaus eingeweiht. Kontakt: bund-wandsbek@bund.net oder Tel. 015775345058. (WUZ)

Vögel & Insekten

Der NABU lädt am **12. März** von 9 bis 11 Uhr zu einer vogelkundlichen Führung in den Duvenstedter Brook ein. The-

ma der Führung mit Krzysztof Wesolowski sind „Erste Sängler im Duvenstedter Brook“. Treffpunkt ist am BrookHus, Duvenstedter Triftweg 140. Kosten: 6 €, Kinder 3 €. Fernglas mitbringen. Kontakt: NABU Hamburg Tel. 69 70 89 0.

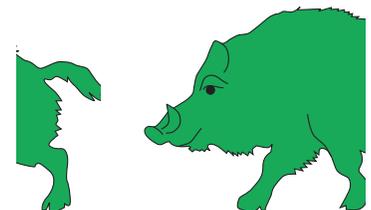
Einen Diavortrag zum Thema „Von Granataugen, Golddickköpfen und anderen „Juwelen““ bietet der NABU am **18. März** von 19 bis 20.30 Uhr an. Jens-Peter Stödter berichtet über die Insektenwelt des Duvenstedter Brooks. Ort: BrookHus, Kosten: 6 €, Kinder 3 € (WUZ)

Klimawandel

Kaum ein Thema steht so im Blickpunkt des öffentlichen Interesses wie der Klimawandel, aber wo stehen wir nach dem Klimavertrag von Paris? In der

Reihe „Forum Medien-Politik-Gesellschaft“ ist Prof. Dr. Mojib Latif vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel und Universität Kiel am **18. März** um 19:30 Uhr zu Gast im Sasel-Haus, Saseler Parkweg 3. Eintrittskarten zu 5Euro unter www.adticket.de. (WUZ)

Aktuelle Nachrichten:
www.wuzonline.de



Die nächste **WUZ**
erscheint am **14. April 2016**

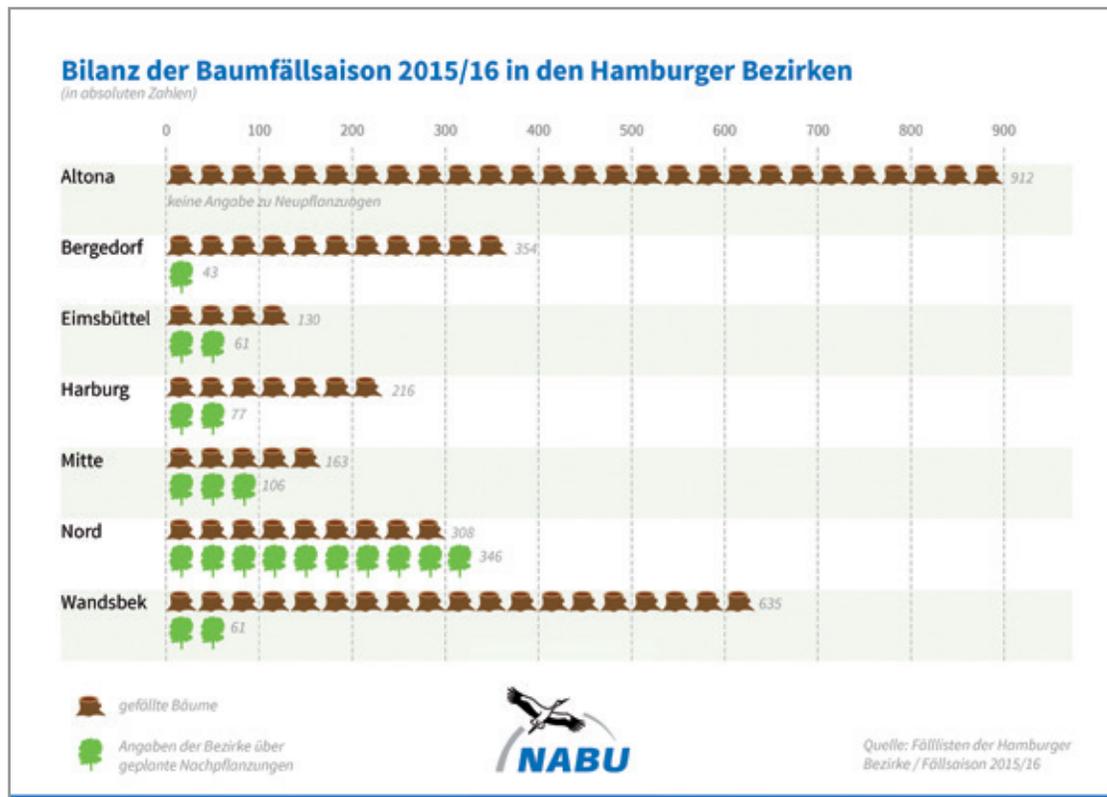
■ In Hamburg werden mehr Bäume gefällt als nachgepflanzt Kaum eine Änderung seit Jahrzehnten

In seiner jüngsten Pressemitteilung hat der NABU wieder einmal ein großes Missverhältnis zwischen Baumfällungen und Nachpflanzungen festgestellt. In der letzten Fällsaison wurden in Altona und Wandsbek die meisten Bäume gefällt – ohne ausreichende Nachpflanzungen. Lediglich der Bezirk Nord zeige, dass es auch anders geht, so der NABU.

Alle Jahre wieder kreischen in den Wintermonaten die Motorsägen. Denn Bäume dürfen in Hamburg nur in der Zeit zwischen dem 1. Oktober und dem 29. Februar gefällt werden. Im Amtsdeutsch werden Bäume auch mal gerne als „Straßenbegleitgrün“ bezeichnet. Und so werden sie - nach Auffassung vieler Bürger – durch die Behörden auch behandelt. Die Bezirksämter schreiben häufig Straßenbäume mit Mängeln, die intensiverer Pflege bedürfen zur Fällung aus. Es fehlt dem Bezirk an Geld für die Pflege. Baumpflege heißt daher oft nur Baumfällung.

Aufgrund der von den Bezirken veröffentlichten Listen hat der NABU ermittelt, dass in diesem Winter 2.718 Straßen- und Parkbäume auf öffentlichen Flächen gefällt wurden: im Bezirk Altona 912 Fällungen/keine Angaben zu Nachpflanzungen, Bezirk Bergedorf 354/43, Bezirk Eimsbüttel 130/61, Bezirk Harburg 216/77, Bezirk Mitte 163/106, Bezirk Nord 308/346, Bezirk Wandsbek 635/61. Nur insgesamt 694 Bäume sollen nachgepflanzt werden - wann steht in vielen Fällen noch nicht fest. Die Überprüfbarkeit für Umweltverbände und Baumschützer ist nahezu unmöglich. Der NABU fordert daher mehr Transparenz.

Für Baumfällungen gibt es zwar öffentlich einsehbare Listen, jedoch sind die Angaben aus den Bezirken sehr unterschiedlich



und außerdem lückenhaft. „Es fehlt hier an Transparenz, zum Beispiel zu geplanten und tatsächlichen Nachpflanzungen. Es ist unverständlich, warum der Bezirk Altona mit über 900 Baumfällungen überhaupt keine Angaben zur Nachpflanzung veröffentlicht“, kritisiert NABU-Expertin Dr. Katharina Schmidt die Bezirksdaten der Baumfällsaison 2015/2016. Lediglich der Bezirk Nord sticht mit einer umfassenden und transparenten Dokumentation positiv hervor. So macht er Angaben zu den Gründen der Fällungen, geplante Nachpflanzungen inkl. Pflanzzeitpunkt, Baumarten der Nachpflanzungen inkl. Begründung, Pflanzenqualität und sogar den Ersatzstandort, falls erforderlich. Die gute Arbeit spiegelt sich auch in der positiven Baum-Bilanz wieder: Hier werden mehr Bäume gepflanzt als gefällt.

„Die aktuellen Baumfäll-Statistiken sind alarmierend. Der Verlust der Bäume im öffentlichen Raum entwertet die Stadtnatur“, warnt NABU-Vorstand Alex-

ander Porschke. „Selbst wenn Bäume nicht an gleicher Stelle nachgepflanzt werden können, fordern wir für jeden gefälltten Baum zumindest einen Ersatz an anderen Orten. Der Baumbestand an Straßen und in Grünanlagen darf nicht noch weiter zurückgehen.“

Bereits vor einem halben Jahr kritisierte Schmidt, dass nicht alle Bezirke in ihren Fälllisten die Fällgründe und geplante Ersatzpflanzungen angeben. Schmidt: „Dies stößt bei Baumschützern häufig auf Unverständnis.“ Wenn an bestimmten Stellen beispielsweise keine Nachpflanzungen

erfolgen könnten, dann sollte die Begründung dafür unbedingt in der Fällliste vermerkt werden. „Nicht selten sind Baumbestände in Grünanlagen einfach nur zu dicht und müssen ausgelichtet werden“, nennt Schmidt ein Beispiel. „Eine Nachpflanzung ist in diesen Fällen aber nicht sinnvoll.“ Die Angaben dazu können bei Bürgern für mehr Verständnis für diese Baumfällungen sorgen. Auch die regelmäßig in den bezirkspolitischen Gremien angefragten Bilanzen zu Fällungen und Nachpflanzungen könnten mit einer einheitlichen Liste zukünftig genauer erfolgen. (du)

LANDHAUS OHLSTEDT
HOTEL - RESTAURANT - CAFÉ
HAMBURG - OHLSTEDT

Der Stint ist da!
Frischer Stint
mit hausgemachtem Speck-Kartoffelsalat,
dazu Gurkensalat in Rahm € 16,50

Bitte reservieren Sie,
und Ostern "steht auch vor der Tür"...

TÄGLICH GEÖFFNET - KEIN RUHETAG - KÜCHE VON 11:30 - 22:00 UHR
TELEFON: 040 - 605 67 00 - U1-BAHN OHLSTEDT - BUS 276
ALTE DORFSTR. 5 - 22397 HAMB. - WWW.LANDHAUS-OHLSTEDT.DE



Fortsetzung von Seite 1

Fahrradfahrer halten sich nicht an Verbote
Zerstörungswut im Wittmoor

Nach der Reparatur wurde die Pforte kürzlich wieder durch mehrere Schrauben so arretiert, dass sie sich erneut nicht schließen ließ.

Das Verbot hat einen guten Grund und ist keine Schikane: Der Weg quer durch das Wittmoor ist ein ehemaliger Lorendamm auf der hier noch erhaltenen Torfschicht. Durch Bewuchs und Wurzeln sowie die Benutzung durch Spaziergänger, Reiter und Radfahrer war der Damm stark in Mitleidenschaft gezogen und durchlässig geworden. Dadurch konnte er das Wasser im Moor nicht mehr ausreichend anstauen und musste saniert und zum Teil völlig erneuert werden. Die Sanierung war ein Gemeinschaftsprojekt der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg sowie der Loki Schmidt Stiftung. Die Kosten von 80.000 Euro (davon 18.000 auf Hamburger Seite) wurden komplett aus Steuermitteln der beiden Länder finanziert. (die WUZ berichtete) Axel Jahn, Geschäftsführer der Loki Schmidt Stiftung: „Bereits kurze Zeit nach Einsetzen der Spundwand ist der Wasserstand um zwölf Zentimeter gestiegen, gut für das Moor und gut für das Klima“.

Der neue Damm besteht aus einer Spundwand sowie aus Hack-schnitzeln und Rindenmulch und oben drauf ist eine Deckschicht aus Naturbrechsand. Das leichte Holzmaterial verhindert das



Foto: Ilka Duge

Auch diese Schilder sind längst verschwunden und der „Hammelsprung“ musste auch schon erneuert werden – auch auf Norderstedter Seite

langsame Einsinken des Weges durch ein zu hohes Eigengewicht in den moorigen Untergrund und verleiht dem neuen Weg auch eine Federung, die vor allem die Fußgänger schätzen. Der komplizierte Untergrund - das Moor - stellte die Ingenieure vor eine besondere Herausforderung und ist auch der Grund für die Sperrung für Radler: Fahrradreifen und Hufe würden den neuen Weg schnell wieder zerstören. Das Befahren mit Rädern hinterlässt Spuren und Rillen, so dass das Material des Dammes allmählich nach rechts und links wegrutscht. Ralf Hohenstein vom Natur-

schutzamt der Umweltbehörde appelliert daher an die Besucher des Wittmoores, die mutwilligen Zerstörungen zu unterlassen und sich an die Einschränkungen im Naturschutzgebiet zu halten, das gelte auch für Hundehalter. „Wir

werden die Pforte immer wieder reparieren und auch die anderen Sperren immer wieder erneuern. Notfalls kann es auch eine Option sein, den Weg zeitweise gänzlich zu sperren“. (du)

Die WUZ meint:

Wer rücksichtslos und nur aus persönlichem Interesse Schilder abmontiert, Sperren zerstört oder beschädigt, sollte sich klar machen, dass der Weg in ein paar Jahren wieder erneuert werden muss: aus Steuergeldern. Auch ökologisch ist dieses Handeln überhaupt nicht nachvollziehbar. Denn der Damm wird durch das rücksichtslose Befahren wieder undicht und kann das Wasser im Moor nicht mehr stauen. Moore haben jedoch die Fähigkeit CO₂ zu speichern. Trocknet das Moor aus, können sich keine neuen Torfmoose bilden, die nur im wassergesättigten Milieu wachsen. Während sich die Pflanze nach oben hin entwickelt, stirbt die Basis durch den Luftabschluss ab; aus dem sich unvollständig zersetzenden Gewebe entsteht Torf. Mit dem abgelagerten organischen Material wird der Kohlenstoff im Moor gebunden. Obwohl Moore weltweit lediglich drei Prozent der globalen Landfläche einnehmen, binden sie ein Drittel des terrestrischen Kohlenstoffes – doppelt so viel wie alle Wälder dieser Erde zusammen. In einem Hektar Moor mit einer 15 Zentimeter dicken Torfschicht findet sich in etwa so viel Kohlenstoff wie in einem hundertjährigen Wald auf gleicher Fläche.

Ilka Duge



■ Denkmalschutzamt rettet Siedlungshaus vor dem Abriss Wirtschaftlich nicht mehr zumutbar?

Die Gartenstadt-Siedlung der Wohnungsbaugenossenschaft Hamburg eG in Berne ist seit fast drei Jahren denkmalgeschützt. Trotzdem hängt über den Gebäuden das Damoklesschwert: Häuser mitten im denkmalgeschützten Gebiet können durch Neubauten ersetzt werden, wenn die Sanierung nicht wirtschaftlich ist. Ein Haus am Rooksberg wurde jetzt durch einen Zuschuss von 7.600 Euro durch das Denkmalschutzamt vor dem Abriss gerettet.

Auf der Homepage der Wohnungsgenossenschaft Gartenstadt Hamburg war dazu zu lesen: „In dem Siedlungshaus Rooksberg 2/4 wurde im vergangenen Jahr ein massiver Schaden durch echten Hauschwamm festgestellt. Die Gartenstadt erarbeitete gemeinsam mit einem Gutachter und einer Fachfirma unter Beteiligung des Denkmalschutzamtes ein Sanierungskonzept. Jedoch erreichten die veranschlagten Sanierungskosten einen Umfang, der die wirtschaftliche Zumutbarkeit für die Genossenschaft in Frage stellte. Nach zwei intensiven und konstruktiven Gesprächsrunden, willigte das Denkmalschutzamt schließlich ein, die geplante Sanierungsmaßnahme zu bezuschussen, sodass mit der Umsetzung nun in Kürze begonnen werden kann.“ Das Denkmalschutzamt übernimmt die fehlenden 7.600 Euro damit die Genossenschaft die Sanierung als wirtschaftlich betrachtet und das Haus nicht einfach abreißen lassen kann.

Wie kam es dazu? Im März 2013 wurde durch die Bürgerschaft ein neues Denkmalschutzgesetz beschlossen. Grundlage für die Unterschutzstellung ist das so genannte ipsa lege-Prinzip, nachdem alle Denkmäler per Gesetz geschützt sind, ohne dass es eines gesonderten Verfahrens



Foto: Initiative Siedlung Berne

Eins der typischen Siedlungshäuser mit markanter Architektur und den typischen Fensterläden sollte durch ein Haus „von der Stange“ ersetzt werden

bedarf. Bis 2013 gab es in Hamburg 1.900 gesetzlich geschützte Denkmäler. Mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes sind jetzt auch alle 3.000 Gebäude und Ensembles geschützt, die bis dahin nur erkannte Denkmäler waren. Das bedeutete für die Gartenstadt Hamburg eG, dass nunmehr fast die gesamte Gartenstadtsiedlung unter Schutz stand, denn angenommen wurde auf Bestreben der Geschäftsführung die Fläche zwischen Meiendorfer Stieg und Berner Heerweg. Die Genossenschaft hatte damals lediglich glaubhaft dargelegt, dass „die Zumutbarkeit der Instandsetzung und Erhaltung der dort vorhandenen Gebäude auch in der Gesamtbetrachtung mit den vorhandenen Grundstücksgrößen nicht gegeben ist“.

Nach Paragraph 7 des neuen Denkmalschutzgesetzes muss das Denkmal im Rahmen des Zumutbaren denkmalgerecht

erhalten, vor Gefährdungen geschützt und instand gesetzt werden. Unzumutbarkeit sei gegeben, „wenn die Kosten der Erhaltung und Bewirtschaftung dauerhaft nicht durch die Erträge oder den Gebrauchswert des Denkmals aufgewogen werden können.“ „Das bedeutet, dass jedes einzelne denkmalgeschützte Haus im Ensemble abgerissen werden kann, wenn es die Kosten seiner Sanierung nicht allein erwirtschaftet. Ungeachtet dessen, wieviel das Gebäude in den zurückliegenden 90 Jahren für das Ensemble und die Genossenschaft schon erwirtschaftet hat“, kritisiert Genossenschaftsmitglied Vanessa von Spreckelsen. Schon seit ein paar Jahren gibt es innerhalb der Genossenschaft Meinungsverschiedenheiten. Viele Mitglieder fürchten trotz Denkmalschutz um den Erhalt ihrer 1919 bis 32 erbauten Siedlung, auch weil Häuser leer stehen. „Es ist gut, dass das Haus saniert wird. Das fordern viele Mitglieder schon lange. Bei 7.600 Euro muss doch die Frage nach dem Willen des Erhaltenes gestellt werden dürfen, denn das hätte unsere Genossenschaft sicherlich auch mit eigenen Mitteln geschafft“, so von Spreckelsen. (du)

“Zur Kastanie” Duvenstedt



Specksaalredder 14
22397 HH-Duvenstedt
Reservierung ab sofort pers. oder
unter Tel.: (0 40) 607 25 25
www.restaurant-zur-kastanie.de
info@restaurant-zur-kastanie.de

1 Kilo Scampis
geschält zum Preis von
39,90 Euro in der Zeit
vom **1. bis 31. März**
als Scampi-Pfanne oder
Scampi-Indisch oder
Zubereitung nach Ihren
Wünschen!

Ostersonntag, 27. März:
Osterbüffet von 11.30
bis 14.30 Uhr
29,90 Euro pro Person
incl. Aperitif

■ Unterkunft am Buchenkamp auf ökologisch wertvoller Fläche? „Nutzung zieht den Stöpsel aus dem Feuchtgebiet“

Eine Unterkunft für Flüchtlinge am Buchenkamp auf der Grünlandsenke am Tonradsmoor lehnt nicht nur die vor gut zwei Monaten gegründete Bürgerinitiative „Lebenswerter Buchenkamp“ ab. Unterstützung haben die Volksdorfer auch von NABU und BUND. Die beiden Naturschutzverbände sprechen sogar von einem katastrophalen Eingriff in Natur und Landschaft.

Bei der Fläche handelt es sich größtenteils um eine artenreiche Wiese. Außerdem liegen dort zwei nach Bundesnaturschutzgesetz besonders geschützte Biotope und ein naturnahes Gehölz. Die Fläche ist Bestandteil einer eiszeitlich geprägten Rinne und als Feuchtlebensraum die Heimat u.a. von Grasfrosch, Teichmolch, Wasserfrosch und Erdkröte sowie des streng geschützten Moorfrosches und streng geschützter Fledermausarten. Der Grundwasserstand ist vor allem im hinteren Teil der Wiese sehr hoch. „Eine wie auch immer geartete – auch eine temporäre oder eine mit nur wenigen Häusern - Nutzung zieht den Stöpsel aus dem Feuchtgebiet“, weiß Dr. A. Meyer von der Initiative. Die Wiese liegt in einer Senke, daher sammelt sich hier das Wasser aus dem ganzen umliegenden Gebiet. Schon bei den Bauarbeiten würde der Boden verdichtet und durch die Anlage von Fundamenten der Wasser-



Grafik: Bezirksamt Wandsbek/Prokom/Greuner-Pönicke

Das Gutachten zum Bauvorhaben am Buchenkamp stellt für die Fläche nördlich des Weges Tonradsmoor Biotope mit mittlerer Wertigkeit fest

haushalt gestört, so dass an eine Renaturierung später nicht mehr zu denken sei. Auch die benachbarten Biotope würden durch die Absenkung des Grundwasserspiegels beeinträchtigt und die Gräben als Trittsteinbiotop verlieren ihre Funktion. Außerdem ist das Gebiet in den 1990er Jahren als Ausgleichsfläche für die Bebauung am Moorbekring festgesetzt worden - an der Umsetzung mangelt es bis heute.

Auch das im Herbst 2014 von der Bezirksversammlung in Auftrag gegebene Gutachten zur Straßenrandbebauung am Ferck'schen Hof bewertet diese Fläche als für eine Bebauung ungeeignet. Die Fläche liegt nicht nur im Landschaftsschutzgebiet, sondern ist Bestandteil des Biotopverbundes. „Warum ist diese Fläche jetzt, gut ein Jahr später, nicht mehr schutzwürdig“ fragt sich daher die Initiative. Sowohl für den NABU, als auch für den BUND sind nur die Wiesen/Äcker südlich des Weges Tonradsmoor direkt beim Ferck'schen Hof für eine temporäre Flüchtlingsunterkunft geeignet. Auf dieser Fläche gibt es einen normalen Grundwasserstand und nur eine geringe Biotopfunktion. Auch im städtischen Gutachten weisen diese Flächen die wenigsten ökologischen Einschränkungen auf.

Zusätzlich zur Renaturierung nach der Nutzung als Unterkunft müssten die Flächen ökologisch aufgewertet werden und die zahlreichen Knicks als biotopverbindende Elemente erhalten und weiter entwickelt werden fordern BUND und NABU. Auch in Hinblick auf die beabsichtigte Straßenrandbebauung am Buchenkamp müsse das Gebiet dringend auf die dort vorkommenden Tiere und Pflanzen und die Grundwasserstände kartiert werden, forderte Roland Empen von der BUND-Gruppe Wandsbek. Positiv bewertet die Initiative indes, dass die Politiker von SPD und GRÜNEN den Dialog suchen und weiter nach alternativen Flächen in Volksdorf Ausschau halten. Auch NABU und BUND sind zusammen mit dem Botanischen Verein im Gespräch mit der Politik. (du)

**Ihr Fahrradspezialist
In Hamburg-Volksdorf
Mehr als 60 Jahre
Erfahrung**

Ehrig

tel. 040/6034501 www.Ehrig24.de

Claus-Ferck-Straße 39, 22359 Hamburg

■ Bezirk liegt mit 400 Wohnungen über dem Soll Kritik an Bebauungsplanung nimmt zu

Zwei Informationsveranstaltungen und zwei öffentliche Plandiskussionen zum Thema Wohnungsbau für Flüchtlinge in der Hummelsbüttler Feldmark gab es bisher. Das Bild war immer das gleiche: Über 600 Interessierte hatten sich in großen Turnhallen versammelt, um zu erfahren, was genau im Norden und Süden der Feldmark geplant ist. Viele der Anwesenden wollten jedoch nicht nur Fragen stellen, sie wollten auch generell darüber diskutieren, ob überhaupt Wohnungsbau in der Feldmark sinnvoll ist. Vor allem die Größe der neuen Baugebiete bereitet vielen Sorge.

Doch die Mitarbeiter aus dem Bezirksamt machten gleich klar, dass öffentliche Plandiskussionen nicht dazu gedacht sind, über das Ob von bereits eingeleiteten Bebauungsplänen zu diskutieren. Hier gehe es nur noch um das Wie. Es gab auch keine Statements der anwesenden Politiker, obwohl bei Plandiskus-



Foto: Verein zum Erhalt der Hummelsbüttler Feldmark

Zeigen ihren Unmut über die Politik der Stadt: stinkender Mistwagen des Vereins zum Erhalt der Hummelsbüttler Feldmark vor der Infoveranstaltung am Carl-von-Ossietzky-Gymnasium

sionen der Planungsausschuss einlädt und die Informationsveranstaltungen durch die Bezirksversammlung durchgesetzt worden waren. Viele der Anwesenden äußerten daher auch lautstark und zum Teil aggressiv ihre Kritik an den Plänen, auch fremdenfeindliche Äußerungen waren zu hören. Vor allem die

Größe der neuen Wohngebiete und die Höhe der Häuser passt einigen Bürgern nicht. Viele meinten auch, dass solch große Flüchtlingssiedlungen sich nicht integrieren lassen. Befürchtungen, dass hier eine wertvolle Landschaftsachse durch den Bau von etwa 30 Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 700 Wohnungen für Flüchtlinge und eventuell noch zusätzlich 100 bis 300 Wohneinheiten (WE) für den sozialen Wohnungsbau (nur Wildes Moor) zerstört wird, wurde eher selten geäußert. Die Verwaltung

behauptete sogar, dass es bisher von der Umweltbehörde (BUE) keine Einwände gebe und dass auch der Landschaftsschutz schon aufgehoben sei. Das ist allerdings verwunderlich, denn eine solche Zurücknahme wurde bisher nicht im Amtlichen Anzeiger veröffentlicht. Vermutlich wurde die BUE nicht einmal beteiligt, denn obwohl der Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) Matthias Kock, zumindest bei einer Veranstaltung anwesend war sowie Mitarbeiter der Schulbehörde, suchte man Vertreter der BUE vergebens.

Während einige Hamburger Bezirke noch in der Planungsphase stecken, hatte Wandsbek schon im letzten Jahr erste Schritte unternommen. Bereits im September wurden die Flächen für den Wohnungsbau für Flüchtlinge in der Bezirksversammlung verabschiedet: 390 WE am Rehaagen, 300 WE an der Glashütter Landstraße/Wildes Moor, 300 WE am Poppenbütteler Berg und 207 WE am Elfsaal/Jenfeld, also 1197 WE für ganz Wandsbek. Der Senat hatte die Bezirke jedoch nur aufgefordert, Flächen für bis zu 800 WE zu benennen. Wandsbek liegt mit dieser Rechnung bei fast 400 WE über dem Soll. (du)

Die WUZ meint:

Bei allen Veranstaltungen war festzustellen, dass die Menschen sich von einer Bauplanung in dieser Größenordnung, an deren Umsetzung sie nichts mehr ändern können, überrollt fühlen. Daher haben jetzt auch mehrere Hamburger Initiativen, die sich im Dachverband „Initiativen für erfolgreiche Integration Hamburg“ (IFI) zusammengeschlossen haben, eine Volksinitiative gegen den Bau von großen Flüchtlingsunterkünften gestartet. Bei der neuen Initiative ist jedoch nicht ganz klar, gegen was sie sich eigentlich richtet. Steht der Integrationsgedanke wirklich im Vordergrund oder ist hinter der Forderung die gänzliche Ablehnung von Flüchtlingen versteckt? Der Aspekt des Naturerhalts und der Klimaschutzgedanke fehlt hier völlig. Dagegen fordert die Initiative mehr Bürgerbeteiligung, denn die jetzt gewählten Standorte wurden ausgewählt ohne die Bürger angemessen mitreden zu lassen und ohne die Kriterien für die Flächenauswahl offenzulegen. Für diese Politik bekommt der Senat jetzt die Quittung, letztlich auch durch Klagen und Gerichtsentscheidungen gegen Unterkünfte, die nicht bezogen werden können.

Aktuelle Nachrichten:
www.wuzonline.de

KANZLEI FRAHMREDDER 20



Dr. Günther Engler

Dr. Thomas Fraatz-Rosenfeld

Fachanwalt für Verwaltungsrecht,

Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht und Mediator

Marlies Horn

Fachwältin für Familienrecht und Mediatorin

Thomas Röder

Telefon 0 40 - 6 000 000 • Telefax 0 40 - 6 000 00 66

www.anwaelte-alstertal.de

**RECHTSANWÄLTE – FACHANWÄLTE – MEDIATOREN
KOMPETENZ UND ERFAHRUNG**

■ Noch ist nichts in trockenen Tüchern

BUND und Verein warten auf konkretes Angebot der Politik

Seit dem letzten Herbst gibt es Gespräche zwischen den Wahlkreisabgeordneten von SPD und GRÜNEN und dem Verein Wohldorfer Wald Hilfsfond über die Zukunft der bisher von einer Bebauung freigehaltenen Flächen an der Hoisbüttler Straße und eine mögliche temporäre Unterkunft für Flüchtlinge an dieser Stelle. Jetzt scheint Bewegung in die Verhandlungen zu kommen – aber BUND und Verein bleiben skeptisch.

Trotz jahrzehntelangem Widerstand der Ohlstedter, einem erfolgreichen Bürgerbegehren und einiger Gerichtsentscheidungen zugunsten des Vereins, wurde der Bebauungsplan Wohldorf-Ohlstedt 13 mit 188 Wohneinheiten vom damaligen CDU-Senat 2008 verabschiedet. 2012 einigte sich der SPD-Senat mit dem Verein und dem BUND auf ein Moratorium bis zum Ende der Legislaturperiode, das eine Bebauung der an der Hoisbütteler Straße ausschließt. Dieses wurde Anfang des Jahres verlängert, gilt jedoch nur wieder bis zum Ende dieser Legislaturperiode (2020). Unter dem Druck, dass auch Ohlstedt Flüchtlinge aufnehmen muss, bzw. die Zeltunterbringung auf dem Ohlstedter Platz zugunsten fester Unterkünfte beendet werden müsste, wurden Gespräche geführt. Ziel war es, die hydrologisch für den Wohldorfer Wald bedeutsamen Flächen an der Hoisbüttler Straße für immer zu sichern und gleichzeitig eine temporäre Flüchtlingsunterkunft auf der selben Fläche zu errichten. Das ist bisher nur zum Teil gelungen. Einigen konnte man sich bisher nicht darauf, die wertvollsten Flächen dauerhaft von einer Bebauung freizuhalten. BUND und Verein wollen dies durch eine grundbuchrechtliche Sicherung erreichen. Doch dieses Instrument ist relativ neu



Foto: Ilka Duge

An der Hoisbüttler Straße wurden Knickbäume gefällt. Schon als Vorbereitung für die neue Flüchtlingsunterkunft?

in Hamburg und so noch nie angewendet worden. Manfred Braasch, Geschäftsführer des BUND: „Für den BUND steht die dauerhafte Sicherung der Flächen in Ohlstedt an erster Stelle. Wir setzen uns mit der Politik nur an einen Tisch, wenn die Stadt diese Bedingung erfüllt.“ Auch Hermann Horster und Michael Schütt vom Verein Wohldorfer Wald Hilfsfonds werten den bisher gefundenen Kompromiss lediglich als eine weitere Verhandlungsoption. Auf der Zielgeraden, wie SPD und GRÜNE es ausdrücken, sei man noch nicht.

Einigen konnte man sich bisher darauf, dass das Flüchtlingszeldorf am Ohlstedter Platz bis spätestens Ende September 2016 abgebaut wird und in eine neu zu schaffende Einrichtung mit einfachen, bodenschonend ausgeführten Holzhäusern an der Hoisbütteler Straße umziehen kann, mit einer Maximalbelegung von 490 Plätzen, knapp 100 mehr als bisher. Die neue Einrichtung wird auf drei Jahre befristet. Parallel wird ein Bebauungsplanverfahren zur Überarbeitung des alten Bebauungsplanes Wohldorf-Ohlstedt 13 gestartet. Dabei

soll die wertvolle Landschaftsachse nördlich und südlich der Hoisbüttler Straße erhalten bleiben. Auch eine Aufwertung der Flächen mit Perspektive Naturschutzgebiet hatten Andreas Dressel (SPD) und Christiane Blömeke (GRÜNE) den Ohlstedtern zugesichert. Als Ersatz wird auf der östlichen Fläche hin zum Mühlenbrook in Ergänzung der vorhandenen Bebauung Baurecht für 115 Wohneinheiten in ortstypischer Bauweise geschaffen. „Das sind erst die Eckpunkte für eine Übereinkunft, die ja noch von den zuständigen Behörden und Gremien abgesegnet werden müssen. Es ist aber ein Durchbruch, dass erstmals ein

übereinstimmendes Zwischenergebnis erzielt wurde. Wenn dieser Kompromiss rechtsverbindlich vereinbart werden kann, dann ist das ein Gewinn für alle“, sagt Hans-Detlef Schulze, Vorsitzender des Bürgervereins Duvendstedt/Wohldorf-Ohlstedt.

Die neue Flüchtlingsunterkunft soll wie schon jetzt als zentrale Erstaufnahmeeinrichtung geführt werden. Das heißt auch, dass hier keine festen Häuser gebaut werden, sondern nur so genannte Modulhäuser oder Container evtl. sogar in Ständerbauweise, so dass die Fläche nach drei Jahren wieder renaturiert werden kann. (du)

• Termine • Termine • Termine •

Energiewende

Energiewende - Herausforderung und Chance für uns alle heißt das Thema am **31. März** um 17 Uhr auf Gut Karlshöhe. Erneuerbare Energien statt Atomkraft, Öl, Kohle und Gas. Wie funktioniert diese Umstellung, Wer macht mit, wer sperrt sich? Der gemeinsame Kurs mit der VHS-Ost benennt die Anforderungen der Umstellung, skizziert aktuelle politische Entwicklungen und demonstriert an den Umwelttechniken auf Gut Karlshöhe, welche Möglichkeiten sich jedem Einzelnen für eine private Energiewende bieten. Die Leitung hat Klimareferent Michael Liebert. Anmeldung unter www.vhs-hamburg.de oder Tel. 428 853-0 mit Angabe der Kursnummer: 3200ROF04. (WUZ)

■ Bodenbrüter mit markanter Haube wird immer seltener NABU ruft zur Meldung von Kiebitzen auf

Der NABU ruft in diesem Jahr erstmals dazu auf, gesichtete Kiebitze zu melden, denn das typische „Ki-witt“, der Balzruf des Kiebitzes, ist über Deutschlands Feldern immer seltener zu hören, wenn die meisten Kiebitze ab Februar aus ihren Winterquartieren von Westeuropa nach Deutschland zurückkehren. So auch in Hamburg.

Nach Alexander Mitschke: Atlas der Brutvögel in Hamburg und Umgebung (2012) hat der Kiebitz in den letzten Jahrzehnten weite Teile seines Brutgebietes in Hamburg verloren. Das gilt insbesondere für die Geest, wo teilweise geschlossene Brutareale u.a. in Hummelsbüttel, Poppenbüttel, Duvenstedt, Ohlstedt und Sasel nach Überbauung verloren gegangen sind. Ende der 1980er Jahre wurde der Bestand auf insgesamt 1.500 bis 2.000 Reviere geschätzt, etwa 20 Jahre später lag der Bestand deutlich unter 1.000 Paaren. In Hamburg ergibt sich für die letzten zehn Jahre ebenfalls ein fortgesetzter Bestandsrückgang, der auf Teilflächen ein Ausmaß von mehr als 50% erreicht.

„Mit der Meldeaktion wollen wir auf den gefährdeten Wiesenvogel aufmerksam machen. Der Hauptgrund für den Rückgang des Kiebitzes liegt in der Intensivierung der Landwirtschaft. Dadurch gibt es kaum noch geeignete Brutplätze und viele Gelege und Küken gehen verloren“, so Dominic Cimiotti vom Michael-Otto-Institut im NABU. Die Sichtungen können über die Naturbeobachtungs-Webseiten Ornitho.de oder NABU-naturgucker.de (ohne Registrierung: <http://goo.gl/QS0ETe>) gemeldet werden.

In Hamburg und Umgebung besiedelt der Kiebitz offene, kurzrasige Flächen, sowohl an feuchten, grundwassernahen Standorten in den Elbmarschen



Foto: NABU/Thorsten Krüger

Das Kiebitz-Nest befindet sich meist an Stellen mit kurzer Vegetation, damit die brütenden Weibchen eine gute Rundumsicht haben

als auch auf trockenen Ackerflächen. Im städtischen Raum werden auch Sonderstandorte wie Erdbeerfelder besiedelt. Eine größere Rolle spielen Pferdekoppeln trotz der bedingt durch Viehtritt meist geringen Bruterfolge. Abzäunungen können auch in durch freilaufende Hunde stark frequentierten Grünlandresten des Stadtgebietes wie den Volksdorfer Teichwiesen erfolgreiche Bruten ermöglichen.

Einst ein häufiger Brutvogel auf Weiden, Wiesen und Äckern, steht der sympathische Frühlingsbote mit den markanten Schmuckfedern am Kopf nicht nur weit oben auf der deutschen Roten Liste, sondern gilt auch europaweit als gefährdet. Weltweit ist *Vanellus vanellus* sogar auf der globalen Vorwarnliste bedrohter Vogelarten. Zwischen März und Juni legen Kiebitze bis zu vier Eier in ein mit Gras ausgepolstertes Nest am Boden – doch immer häufiger brüten die Tiere ohne Erfolg.

Im Projekt „Der Sympathieträger Kiebitz als Botschafter: Umsetzung eines Artenschutz-Projek-

tes zur Förderung des Kiebitzes in der Agrarlandschaft“ testet der NABU mit Landwirten verschiedene Maßnahmen zum Kiebitzschutz. U.a. soll Mais später ausgesät werden, so dass die Vögel zu Ende brüten können. Auch ein Umfahren der Kiebitzgelege soll die Bodenbrüter schützen. Auf Wiesen und Äckern in der Nähe von Häusern sind Kiebitze vielfach auch durch herumstreunende Hunde und Katzen bedroht.

Alexander Porschke, Vorsitzender des NABU Hamburg kritisierte vor zwei Jahren den Rückgang von landwirtschaftlichen Flächen durch Bauvorhaben: „Statt die bisher schon schwache Ausgleichsregelung für Naturverluste noch weiter zu schwächen und damit Hamburgs Naturqualität zu gefährden, hätte der Senat ein Programm für den Erhalt der Artenvielfalt im ländlichen Raum auflegen müssen. Die Leidtragenden werden wieder Kiebitz und andere typische Vögel der Agrarlandschaften sein.“ (du)

TRINKE und GENIESSE!



Fruchtsäfte aus der

Süßmosterei

Paul Schmidt

Für die Festtafel, die Party und den täglichen Durst finden Sie bei uns eine große Auswahl von Fruchtsäften, Fruchtweinen, Fruchtspezialitäten aus eigener Produktion und feine Weine aus der Provence.



Verkaufszeiten in der Kellerei

Mo., Di., Do., Fr.	10 – 12 Uhr
und	13 – 16 Uhr
Mi. 10-12 Uhr und	13 – 18 Uhr
Sa.	10 – 13 Uhr

Telefon: (04537) 250
Info und Onlineshop unter
www.suessmost-schmidt.de
Nienwohld-Stormarn, Dorfstr. 28

■ Gebäude braucht dringend eine Brandmeldeanlage

100.000 Euro fürs Sasel-Haus

Die Bürgerschaftsfraktionen von Rot-Grün fördern mit Mitteln aus dem Sanierungsfonds Hamburg 2020 die Stadtteilkultur. Mit insgesamt 500.000 Euro werden das Sasel-Haus, die Motte in Altona und die Honigfabrik in Wilhelmsburg unterstützt. Das Geld setzen die Kulturzentren vor allem für bauliche Verbesserungen ein.

Das Sasel-Haus wird 100.000 Euro aus dem Sanierungsfonds erhalten. Mit dem Geld soll zunächst eine Brandmeldeanlage im Haus installiert werden. Wenn dann noch Geld übrig sei, würde man überlegen, welche Maßnahme zusätzlich finanziert werden kann, erläuterte Geschäftsführerin Christine Weiß die Überlegungen.

Denn das Sasel-Haus – ehemalige Schule und vorher z.T. auch Kuhstall – ist in die Jahre gekommen. Überall sind Sanierungsmaßnahmen notwendig, die das Haus bisher meist aus Eigenmitteln, Finanzierung aus verschiedenen Quellen und zwei fähigen Hausmeistern gestemmt hat. Für eine Grundsanierung



Freuen sich über den Zuschuss fürs Sasel-Haus: Otfried Hilbert, Friedemann Boltes, Christine Weiß und Ortwin Schuchard (von links)

fehlt jedoch bisher das Geld. So ist außer der Brandmeldeanlage auch die Erneuerung des dicht mit Moos bewachsenen Daches dringend erforderlich, auch neue Sanitäreinrichtungen und einen neuen Außenanstrich wünschen sich die Verantwortlichen. Bei einem Besuch vor Ort hatte sich der grüne

Bürgerschaftsabgeordnete René Gögge selbst vom Sanierungsstau im Sasel-Haus überzeugt und war mit seinem Antragsentwurf bei der SPD auf offene Ohren gestoßen. Die Bezirksabgeordneten Otfried Hilbert (Grüne) und Ortwin Schuchard (SPD) versprechen daher auch, sich weiterhin

für das Sasel-Haus auf Bezirksebene einzusetzen.

Bis die Mittel fließen werden noch ein paar Wochen ins Land gehen, so dass man im Sasel-Haus hofft, im Sommer mit der Ausschreibung und anschließend der Installation der Anlage beginnen zu können. (du)

Es ist immer noch zu laut an Hamburgs Himmel

Es ist jetzt gut ein Jahr her, dass die Parteien in der Hamburgischen Bürgerschaft einen 16 Punkte umfassenden Aktionsplan für mehr Fluglärmenschutz in Hamburg verabschiedet haben. Doch bisher gibt es nur wenige Erfolge.

Die bei der Umweltbehörde angesiedelte Fluglärmenschutzbeauftragte arbeitet gemeinsam mit der Behörde für Wirtschaft und Verkehr (BWVI), dem Flughafen Hamburg und der Deutschen Flugsicherung den 16-Punkte-Plan ab. Erste Ergebnisse sind u.a.: Die Gebühren für die Ausnahmegenehmigungen von

den Nachtflugbeschränkungen werden von 500 Euro auf 1.300 Euro erhöht, dies gilt bei Flugbewegungen nach 24 Uhr. Wird die beantragte Ausnahmegenehmigung nicht in Anspruch genommen und ein Flugzeug landet vor Mitternacht, beläuft sich die Gebühr auf 650 Euro (vorher: 500). Die Fluggesellschaften sind angehalten, absehbare und unvermeidliche Spätlandungen in der Zeit nach 23 Uhr künftig zu begründen. Verstöße der Fluggesellschaften gegen die Betriebszeiten des Flughafens werden konsequent verfolgt.

Doch damit ist vor allem die Bür-

gerinitiative für Fluglärmenschutz in Hamburg und Schleswig-Holstein (BAW) nicht zufrieden: „Die Erhöhung von Gebühren für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen der Nachtflugbeschränkung für Flüge nach 24 Uhr sind kein wirksamer Beitrag zur Entlastung der betroffenen Bevölkerung vom Fluglärm. Im Jahr 2014 wurden gerade einmal 15 solcher offizieller Ausnahmegenehmigungen genutzt.“

Die maßgeblichen Stellschrauben, die eigentlich angezogen werden müssen, sind die monatlichen Steigerungen der Flugbewegungen und deren Verlage-

rung in die Tagesrandzeiten von 6 Uhr bis 7 Uhr und ab 18 Uhr bis 24 Uhr“, sagt BAW-Sprecher Martin Mosel.

Im vergangenen Jahr starteten und landeten in Fuhlsbüttel mehr als 158.000 Flugzeuge und damit fast drei Prozent mehr als im Jahr zuvor. Mehr als 9.000 Beschwerden gingen 2015 bei der Fluglärmenschutzbeauftragten Gudrun Pieroh-Joußen ein. Die Umweltbehörde hat angekündigt, dass noch in diesem Frühjahr weitere Details des 16-Punkte-Plans umgesetzt werden sollen. (du)

Aktuelle Nachrichten:
www.wuzonline.de

■ Damoklesschwert über der Schule Lienaustraße Schicksal soll im März/April entschieden werden

Unter dem Motto „Die Schule Berne muss bleiben“ hatte der Bürgerverein Farmsen-Berne vor einem Monat zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Die Versammlung ohne den geladenen Schulsenator änderte jedoch bisher nichts an der geplanten Schulschließung.

Nachdem im letzten September bekannt geworden war, dass Schulsenator Ties Rabe den Schulstandort schließen wollte, hatte sich die Bezirksversammlung fraktionsübergreifend für den Erhalt ausgesprochen. Die Schulbehörde (BSB) wurde gebeten, ein Anhörungsverfahren nach dem Bezirksverwaltungsgesetz durchzuführen und einen Referenten in den zuständigen Fachausschuss zu entsenden. Dies ist bislang nicht geschehen. Die Wandsbeker Politiker fordern die Behörde auf, den Kindern in Berne den einzigen staatlichen und denkmalgeschützten Grund-

schulstandort unter dem Motto „Kurze Beine - kurze Wege“ zu erhalten. Auch das von der Elterninitiative „Schule Berne muss bleiben“ eingereichte Bürgerbegehren wurde von der Bezirksversammlung unterstützt. Die Schulbehörde will jedoch erst die Schulorganisationsplanung abwarten, die für März/April angedacht ist. Das bestätigte bei der Veranstaltung auch die für den Schulsenator anwesende Abteilungsleiterin Elisabeth Rüssmann. Offenbar hat sich der Arbeitskreis Schule der SPD-Bürgerschaftsfraktion hier schon ein anderes Urteil gebildet. Die schulpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion Barbara Duden sah im Gegensatz zu ihren Parteikollegen in der Bezirksversammlung keine Chance mehr für den Standort Lienaustraße. Fakt ist, dass bei der Anmelde-runde im Januar keine Anmeldungen für den Standort Lienaustraße angenommen wurden.

Eltern mussten ihre Kinder an der Grundschule Karlshöhe anmelden, zu der die Schule Lienaustraße gehört. Für die Vorschule kamen dabei 62 Anmeldungen zusammen und für die 1. Klasse 76 Anmeldungen. Viele Eltern weichen daher zur Grundschule Hasenweg aus. Hier wurden 88 Kinder für die 1. Klasse angemeldet und ebenfalls 62 für die Vorschule. Die Elterninitiative führt darüber hinaus eine Liste von Eltern, die ihre rund 25 Kinder nur in Berne zur Schule schicken wollen und daher bisher nicht angemeldet haben. Der Grund für die Schließung der Schule sieht der Schulsenator in dem 4,5 Millionen Euro hohen Sanierungsbedarf für den Fritz-Schumacher Bau. Doch die fallen durch die Schulschließung nicht unter den Tisch, denn geplant ist, in dem Gebäude später Flüchtlinge unterzubringen, so dass die Sanierung nur aus einem anderen Topf bezahlt wird. Der Verein Waldameisen, der in der Schule den Hort betreibt, hat inzwischen bei der BSB einen Vorschlag eingereicht, um den Schulbetrieb am Standort zu sichern. (die WUZ berich-

tete) Doch bisher gab es keine Antwort aus der Behörde. Auch eine Delegation aus Berne mit dem Vorsitzenden des Bürgervereins, Hans-Otto Schurwanz wurde beim Schulsenator nicht vorgelassen, weil Rabe die Zusammensetzung nicht passte. Die Linke wird in der nächsten Bürgerschaftssitzung einen Antrag zur Überplanung des Schulentwicklungsplanes von 2012 stellen. (du)



Foto: Ilka Duge

Bei der Podiumsdiskussion in der Turnhalle der Berner Schule zeigten die Eltern deutlich ihre Meinung

Anmeldungen für die 5. Klassen im Norden Wandsbeks

	2016	2015	2014
Gymnasium Buckhorn	143	192	163
Carl-von-Ossietzky-Gymnasium	105	105	145
Gymnasium Farmsen	113	89	74
Gymnasium Grootmoor	153	178	149
Heinrich-Heine-Gymnasium	107	137	98
Gymnasium Hummelsbüttel	107	87	101
Gymnasium Meiendorf	104	129	142
Gymnasium Ohlstedt	65	80	85
Gymnasium Oberalster	118	122	89
Gymnasium Walddörfer	120	108	103
Stadtteilschule Bergstedt	122	119	128
Stadtteilschule Meiendorf	50	73	59
Stadtteilschule Walddörfer	137	134	141
Stadtteilschule Poppenbüttel	59	56	61
Erich-Kästner-Schule	135	168	161
Irena-Sendler-Schule	88	97	93

Quelle: Schriftl. Kl. Anfrage (Bürgerschaft) 21/3212 v. 19.2.2016

Hochwertig, natürlich, zeitlos schön:
So wollen wir leben

Mit ehrlichen Baustoffen aus der Natur

Alles für den wohngesunden Innenausbau finden Sie in unserem umfangreichen Fachhandels-Sortiment.

Mordhorst
BAUBIOLOGISCHER FACHHANDEL

H. J. Mordhorst KG Baubiologischer Fachhandel • Papenreya 8 • 22453 Hamburg
Ruf 040/5 70 07 06 • baubio@mordhorst-hamburg.de • www.mordhorst-hamburg.de

■ Giftpflanze des Jahres 2016

Schlafmützchen: Der Name ist Programm

Das Schlafmützchen wurde zur Giftpflanze des Jahres 2016 gewählt. Zur Auswahl standen neben dem Schlafmützchen (608 Stimmen: 31,6 %) die Christrose (Nieswurz, 503 Stimmen: 26,1 %), der Efeu (433 Stimmen: 22,5 %) und der Rhododendron (382 Stimmen: 19,8 %). Insgesamt wurden 1.926 Stimmen abgegeben.

Der Kalifornische Mohn (*Eschscholzia californica*), auch Goldmohn, Kalifornischer Kappenmohn oder Schlafmützchen genannt, ist eine Pflanzenart aus der Familie der Mohngewächse (*Papaveraceae*). Ihren Ursprung hat diese Art in Kalifornien und anderen südwestamerikanischen Bundesstaaten. Inzwischen ist sie auch in Australien, Südafrika und Europa verbreitet.

Der Kalifornische Mohn ist eine einjährige Pflanze, die 60 Zentimeter hoch werden kann. Wie viele Mohnsorten bildet er eine tiefe Pfahlwurzel. Die Blüten erreichen einen Durchmesser von zwei bis zwölf Zentimeter. Die Basis der Blüte, der Blütenboden, verfügt über einen ausgeprägten erweiterten Rand. Darüber stehen zwei Kelchblätter und die vier leuchtend gelben bis orangefarbenen, sich überlappenden Kronblätter. Die beiden Kelchblätter umschließen anfangs die Blüte vollständig in Form einer altertümlichen Schlafmütze, sie werden beim Aufblühen der Kronblätter abgestreift und fallen als Ganzes ab. Daher auch der Name Schlafmützchen. Um den Fruchtknoten herum sitzen dicht die vielen Staubblätter. Die Blütezeit reicht von Juli bis September. Die Samen reifen von August bis September. Im Gegensatz zu den meisten anderen Mohnsorten (Gattung *Papaver*), die Samenkapseln bilden, entstehen beim Schlafmützchen bis zu zehn Zentimeter lange Schoten. Alle Teile der Pflanze sind gif-



Fotos: Helge Masch/Bot. Sondergarten / Pixabay

Die Blätter des Kalifornischen Mohns wurden bereits von den amerikanischen Ureinwohnern für medizinische und spirituelle Zwecke genutzt. Insbesondere als Schlaf- und Beruhigungsmittel sowie als mildes Schmerzmittel

tig, die Wurzeln enthalten jedoch mehr und unterschiedliche Alkaloide als das Kraut. Ein weiterer Unterschied zu anderen Mohngewächsen, die Milchsaft enthalten, ist im Schlafmützchen eine farblose wässrige Flüssigkeit enthalten.

In trockenen Gebieten oder bei kalten Wintern wächst der Kalifornische Mohn als einjährige Pflanze. Bei günstigeren Bedingungen bildet sich eine Pfahlwurzel und er gedeiht dann als ausdauernde Pflanze über mehrere Jahre. In heißen Sommern sterben die oberirdischen Teile der Pflanze ab und nur die fleischige Pfahlwurzel überlebt. Die Pflanze benötigt viel Licht und durchlässige, nährstoffarme Böden. Die Blüten sind nur bei Sonnenschein geöffnet. Jede Nacht und bei trübem Wetter oder Regen schließen sie sich.

Der Kalifornische Mohn wurde in den letzten Jahrhunderten weit verbreitet, entweder als Gartenpflanze oder durch die Verschleppung infolge anderer

menschlicher Aktivitäten. Auch wenn er als Gartenpflanze kultiviert wird, findet er häufig den Weg in die freie Natur. So wird er inzwischen in Deutschland als ein in Einbürgerung befindlicher Neophyt angesehen. 1825 gelangten Samen dieser Art in englische Gärten.

Im November 2004 rief der Botanische Sondergarten Wandsbek erstmals zur Wahl zur „Giftpflanze des Jahres“ auf. Diese Aktion unterscheidet sich von der Vielzahl an Tieren, Pflanzen und Lebensräumen, die jährlich als „Natur des Jahres“ ausgerufen werden darin, dass die Pflanzen nicht unbedingt in ihrer

Existenz gefährdet sind. Pflanzen mit einer giftigen Wirkung auf Menschen und Tiere werden in vielen Gärten und Wohnungen als Zierpflanzen kultiviert, ohne Kenntnis der besonderen Eigenschaften. Diese Aktion soll eine aktive Auseinandersetzung mit dem Themenbereich der Giftpflanzen zur Folge haben. Jedermann kann Kandidatenvorschläge machen und sich an der Abstimmung beteiligen. Die Wahl der Giftpflanze des Jahres 2017 beginnt am 1. Juni und endet am 15. Dezember 2016. Mehr Infos: www.hamburg.de/wandsbek/botanischer-sondergarten. (WUZ)



- Gartengestaltung
- Teichbau
- Naturspielplätze
- Baumpflege

040 - 601 06 80 www.biotop-hamburg.de